

**Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung**  
(51. - öffentliche - Sitzung am 12. Mai 2016)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung gem. Art. 23 Abs. 2 NV: „Gründung der vier Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems - Bericht über den Zwischenstand über die begleitende Evaluation dieser neuen Bündelungsbehörden“.**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen. Die CDU-Fraktion bat die Landesregierung um die nachträgliche Beantwortung einiger Fragen mit Blick auf die Evaluation der vier Ämter für regionale Landesentwicklung.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zum NDR-Digitalradio-Änderungsstaatsvertrag**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5620](#)

*Der - federführende - Ausschuss führte die Beratung durch. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Als Berichterstatter wurde der Abg. Hans-Dieter Haase (SPD) benannt (mündlicher Bericht).*

3. **Hormonstörende Stoffe gehören nicht ins Grundwasser - Endokrine Disruptoren erkennen, definieren und die Forschung stärken**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4963](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Er kam überein, bei seiner nächsten Sitzung am 26. Mai 2016 die abschließende Beratung durchzuführen und bis dahin den Versuch zu unternehmen, sich auf eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu verständigen.*

4. **Agrarrohstoffspekulationen wirksam entgegenzutreten - EU-Finanzinstrumente-Richtlinie nicht aufweichen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5120](#)

*Der - federführende - Ausschuss setzte die Beratung fort. Er kam überein, bei seiner nächsten Sitzung am 26. Mai 2016 die abschließende Beratung, um den Versuch zu unternehmen, sich auf eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu verständigen.*

5. **Förderinstrumente weiterentwickeln – Zukunftsfonds der NBank für innovative Förderungen in den Kommunen**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4774](#)

*Dem Ausschuss lag eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Frage, inwiefern durch die in dem Entschließungstext erhobenen Forderungen Vorschriften des EU-Beihilferechtes berührt werden, und über mögliche Auswirkungen auf die Einhaltung der Schuldenbremse vor. Er führte eine Aussprache über die Unterrichtung durch und setzte die Beratung fort. Ferner verständigte er sich darauf, eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll der Landtagsverwaltung zeitnah übermittelt und der Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 11. August 2016 wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.*

6. **Keine gebührenfinanzierte Extra-Abgabe für die Altersvorsorge der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5282](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung und ließ sich durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten. Die FDP-Fraktion kündigte an, einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag vorzulegen.*

7. **TTIP: Niedersachsens Chancen nutzen - Europäische Standards wahren**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5634](#)

*Der Ausschuss führte die Beratung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.*

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Zusammenarbeit mit dem niederländischen Aktionsteam für grenzüberschreitende Wirtschaft und Arbeit und über den Stand der „Arbeitsliste Niedersachsen – Niederlande - Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Lösung von grenzüberschreitenden Fragen“.**

*Dem Ausschuss lag eine schriftliche Unterrichtung seitens der Landesregierung vor. Er kam überein, sich in seiner Sitzung am 11. August 2016 erneut schriftlich über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen.*

9. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

*Es wurden keine Unterrichtungswünsche geäußert.*

10. **Ausschussreise vom 12. bis 18. Juni auf die Iberische Halbinsel**

*Der Ausschuss ließ sich durch die Landtagsverwaltung über den aktuellen Stand der Planungen unterrichten.*

11. **Terminabsprachen, Verschiedenes**

*Zu diesem Tagesordnungspunkt ergab sich kein Beratungsbedarf.*